

Länder

Geschäft mit dem Tod

Von Harry Tuttle | 1. Oktober 2004

Die Armut zwingt Zehntausende zur Arbeitsmigration in den Irak. Dort werden sie von islamistischen Terroristen bekämpft.

Die Armut zwingt Zehntausende zur Arbeitsmigration in den Irak. Dort werden sie von islamistischen Terroristen bekämpft.

“Die meisten von uns sind hungrig. Wenn sie uns hier Jobs geben können, ist das OK. Aber das können sie nicht”, erklärte Danny Baloloy. Dem arbeitslosen philippinischen Klempner wurde ein Job angeboten, der ihm monatlich 650 Dollar einbringt. Der Arbeitsplatz aber liegt im Irak, und seit der Entführung eines philippinischen LKW-Fahrers hat die Regierung die Arbeitsmigration in den Irak verboten. Als Baloloy und mehrere hundert andere Demonstranten vor dem Präsidentenpalast gegen das Verbot protestieren wollten, wurden sie mit Wasserwerfern auseinandergetrieben.

Auch der Nepalese Tek Bahadur Esmail ist bereit, im Irak zu arbeiten: “Die Situation hier ist sehr schlecht, deshalb bin ich bereit, jedes Risiko auf mich zu nehmen.” Zwölf nepalesische Arbeiter wurden Ende August im Irak von einer islamistischen Terrorgruppe entführt und ermordet. Doch das Geschäft geht weiter. Nach Angaben der Arbeitsvermittler in Kathmandu sind ungeachtet des Verbots 17.000 Nepalesen im Irak beschäftigt, weitere 35.000 seien auf dem Weg.

Hunderte von Firmen nutzen die Profitchancen, die sich bei der Versorgung der US-Truppen, den Wiederaufbauprojekten und anderen Geschäftsfeldern bieten. Obwohl die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Irak auf 50 Prozent geschätzt wird und die Löhne extrem niedrig sind, werben viele Unternehmen lieber ausländische Arbeitskräfte an, überwiegend Nichtmuslime aus Asien. Denn bei ihnen muss nicht befürchtet werden, dass sie Sympathien für den bewaffneten “Widerstand” hegen und ihre Position für Sabotageakte oder das Ausspähen von potenziellen Entführungsoffern nutzen.

Auf Befehl Gottes

Arbeitsbedingungen und Unterbringung sind in der Regel katastrophal, nicht immer wird der Lohn voll ausbezahlt. Gewerkschaften werden im Irak zwar geduldet, doch noch immer gilt das Arbeitsrecht Saddam Husseins, so dass eine organisierte Interessenvertretung nicht möglich ist.

Für die islamistischen Terrorgruppen sind die ausländischen ArbeiterInnen ein bevorzugtes Ziel. “Auf Befehl Gottes” habe man die Nepalesen getötet, weil sie den “Kreuzfahrern” halfen, erklärte die für die Morde verantwortliche Jaish Ansar al-Sunna. Die jordanische Firma Morning Star hatte die Nepalesen für die Arbeit in einer Wäscherei angeworben. Mehr als 20 Arbeiter wurden bereits von ihren Entführern ermordet, eine nicht bekannte Zahl starb bei Anschlägen, die sich bewusst gegen “weiche Ziele” richteten.

Im Fall der Nepalesen waren nicht einmal Forderungen gestellt worden. Meist aber geht es darum,

Privatfirmen zum Rückzug aus dem Irakgeschäft und Staaten zum Abzug ihrer Truppenkontingente zu zwingen. Im Fall zweier entführter französischer Journalisten wurde jedoch eine Forderung gestellt, die mit dem Irak nichts zu tun hat: Die französische Regierung sollte das Schleierverbot an den Schulen widerrufen. Diese Entführung löste in Frankreich eine breite Protestbewegung aus. Auch islamistische Organisationen, die das Schleierverbot bekämpfen, lehnten öffentlich diese Art von Unterstützung ab. In Italien war es überwiegend die Friedensbewegung, die nach der Entführung zweier pazifistischer italienischer Journalistinnen auf die Straße ging. Anders als Frankreich hat Italien Truppen in den Irak entsandt, und die Demonstranten kritisierten allein die Regierung, während die Entführungen überwiegend als Ergebnis einer "Gewaltspirale" gesehen werden. Diese Haltung kritisierte Fausto Bertinotti von der linken Organisation Rifondazione. Der Terror sei keine automatische Konsequenz von Krieg, Armut und Verzweiflung, sondern ein eigenständiges politisches Projekt, gegen das sich die Linke positionieren müsse.

Krieg gegen ArbeiterInnen

Die Islamisten versuchen gezielt, Friedensbewegung und Linke für ihre Ziele einzuspannen. Bei vorangegangenen Entführungen war die italienische Bevölkerung direkt aufgefordert worden, für einen Truppenabzug zu demonstrieren. Als die erwünschte Demonstration stattgefunden hatte, forderten sie weitere Beweise des "Friedenswillens". Die Linke wird sehr schnell zur Marionette der Islamisten, wenn sie sich auf eine solche Politik einlässt. Zudem kann von internationalistischer Solidarität noch keine Rede sein, solange selbst die Linke sich nur um die Geiseln "ihrer" Nationalität sorgt und andere Opfer des islamistischen Terrors ignoriert.

Das Geschäft mit der Armut der Vertragsarbeiter, die gezwungen sind, ihr Leben zu riskieren um sich ausbeuten zu lassen, wird sich nicht ohne weiteres stoppen lassen. Insbesondere die internationale Gewerkschaftsbewegung ist aber gefordert, wenigstens beim Aufbau einer Interessenvertretung nach dem Vorbild der südkoreanischen Migrantengewerkschaft ETU-MB zu helfen. Der Kampf muss sich gegen die Brutalität der kapitalistischen Unternehmen richten, aber auch gegen den islamistischen Terrorismus, der bereits mit dem Massenmord an den 3000 überwiegend lohnabhängigen Beschäftigten im World Trade Center der internationalen ArbeiterInnenklasse den Krieg erklärt hat.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Freitag den 1. Oktober 2004
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).